

**Dr. Magnus Brunner, LL.M.**  
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsident  
des Bundesrates  
Dr. Peter Raggl  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.743.914

Wien, 21. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die an meinen Amtsvorgänger gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage  
Nr. 3922/J-BR/2021 vom 21. Oktober 2021 der Abgeordneten Christoph Steiner,  
Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 4.:

Da die in der genannten EntschlieÙung angesprochenen Themen Kurzarbeit, volle  
Entschädigung für Verdienstentgang und Löhne nach dem Epidemie-Gesetz,  
Entgeltfortzahlung für betreuende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie zinsloses  
automatisches Aussetzen der Sozialversicherungsbeiträge grundsätzlich nicht in die  
Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) fallen, wird in diesen Punkten  
auf die Beantwortung der zuständigen Ressorts verwiesen.

Eine generelle Aussetzung aller Vorauszahlungen für die Einkommen- und  
Körperschaftsteuer war nicht beabsichtigt. Im Unterschied zu anderen von der  
öffentlichen Hand vereinnahmten Zahlungen (z.B. Sozialversicherungsbeiträgen) dienen  
Steuerzahlungen der Finanzierung des gesamten Staatshaushaltes. Das BMF hatte

sicherzustellen, dass die Liquidität des Staates erhalten bleibt und die verfügbaren budgetären Mittel zielgenau dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich benötigt werden.

Weiters wird darauf verwiesen, dass für die Stundungen der Zahlungen von Strom- und Gaslieferungen das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) zuständig ist. Stundungen können jedoch nur von den jeweiligen Strom- und Gaslieferanten gewährt werden. Im Jahr 2020 wurde bis Juni seitens der Strom- und Gaswirtschaft auf Abschaltungen aufgrund von Zahlungsverzug verzichtet.

Der Bundesminister:  
Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt

